

**Autor:** Florian Diekmann/ Martin Hesse/ Benedikt Müller-Arnold/ Christian Reiermann/ Marcel Rosenbach/ Gerald Traufetter/ David Böcking

**Seite:** 56 bis 59

**Rubrik:** Wirtschaft

**Mediengattung:** Zeitschrift/Magazin

<sup>1</sup> IVW 1/2023

<sup>2</sup> AGMA ma 2023 Pressemedien I

**Jahrgang:** 2023

**Nummer:** 32

**Auflage:** 526.185 (gedruckt)<sup>1</sup> 702.659 (verkauft)<sup>1</sup>  
707.924 (verbreitet)<sup>1</sup>

**Reichweite:** 4,56 (in Mio.)<sup>2</sup>

## Konjunktur

# Der Elan verpufft

Rezession? Wäre noch verkräftbar. Schlimmer ist: Deutschland steht vor einer langen Phase schwachen Wachstums. Dabei könnte die Bundesregierung gegensteuern – wenn sie es wollte.

Auf seine fast seherischen Fähigkeiten hält sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) einiges zugute. Besonders gut funktionieren sie beim Blick zurück. Scholz gehört zu jenen Politikern, die im Nachhinein stets gewusst haben, wie alles ausgeht, nämlich nach Plan. Dem eigenen.

Noch in diesem Frühjahr hatte sich der Regierungschef erneut an einer Prophezeiung versucht. »Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können wie zuletzt in den 1950er- und 1960er-Jahren«, hatte er gesagt.

Wenn Scholz in ein paar Jahren im Rückblick recht behalten will, wird er sich anstrengen müssen, um Wunsch und Wirklichkeit zur Deckung zu bringen. Inzwischen ist klar: Im zweiten Jahr seiner Kanzlerschaft steckt das Land in einer ökonomischen Krise. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres schrumpfte die Wirtschaft, im ersten dieses Jahres auch, und für das zweite verbuchte das Statistische Bundesamt jüngst ein Nullwachstum.

Der Internationale Währungsfonds hofft nicht mehr auf Besserung. Nach seiner Prognose wird Deutschlands Wirtschaft im Gesamtjahr 2023 schrumpfen – um insgesamt 0,3 Prozent. Von 30 untersuchten Ländern ist das der drittschlechteste Wert.

Die Aussichten für die nächsten Jahre sind kaum besser. Während andere Nationen, allen voran die USA, die Folgen von Coronapandemie und Ukraine-Krieg dynamisch überwinden, sagen Ökonomen Deutschland eine Dämpfungsphase voraus. Das Trendwachstum, also

die Möglichkeit, bei konjunktureller Normallage zuzulegen, liegt Schätzungen zufolge nur noch bei unter einem Prozent statt bei 1,5 Prozent wie vor einem Jahrzehnt. Die Zeichen stehen auf Stagnation, wenn nicht gar Niedergang. Fachkräftemangel, hohe Energiepreise, bröselnde Infrastruktur: Der Standort verliert an Attraktivität. Im vergangenen Jahr investierten deutsche Unternehmen 125 Milliarden Euro mehr in anderen Ländern als ausländische hierzulande, der größte Geldabfluss unter 99 Ländern. Die Angst vor einer Deindustrialisierung geht um. »Die Lage der Industrie ist zum Teil dramatisch«, sagt Heidelberg-Materials-Chef Dominik von Achten im SPIEGEL-Interview (Seite 60). Auch die Exporte fallen als Stütze aus, wie jetzt bekannt wurde, und selbst der chronisch robuste Arbeitsmarkt zeigt erste Folgen der Flaute. Gemessen an den Tiefständen vor der Pandemie waren im Juli gut 340.000 Menschen mehr arbeitslos als früher. Die Politik ist aufgeschreckt und debattiert über kurzfristige Lösungen, von einem »Sofortplan für die Wirtschaft« (CSU-Chef Markus Söder) bis hin zu subventioniertem Strom für Industrieunternehmen (SPD-Vorsitzende Saskia Esken). Nur hilft beides wenig gegen eine Dauerwachstumsschwäche.

Deutschland scheint auf dem Weg, der kranke Mann Europas zu werden. Dieses Etikett haftete vor mehr als 20 Jahren schon einmal an Deutschland, geprägt durch eine Titelzeile des britischen »Economist« – und bevor die rot-grüne Regierung mit der Agenda 2010 auf Reform umschaltete.

Genau wie damals ist Dauerdümpeln

auch heute nicht zwangsläufig. Auf manchen Baustellen ließe sich einiges tun.

### Industrie

Markus Kamieth, Vorstandsmitglied des Chemiekonzerns BASF, hat sich im Atrium seines Forschungszentrums aufgebaut. An diesem Julitag kommt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zu Besuch. »Wir betreiben hier Forschung für die Welt«, sagt Kamieth feierlich. 2,7 Milliarden Euro habe sein Unternehmen investiert. 2000 Angestellte entwickeln Chemikalien, unter anderem für die Agrarindustrie.

Habeck schaut beeindruckt, lobt das Land als »technologisch top«. Das Problem: Es geht hier nicht um die Bundesrepublik. Der Minister ist auf Staatsbesuch in Indien, das Entwicklungszentrum steht am Rande von Mumbai.

In der Chemie- und Pharmaindustrie, der drittgrößten Branche Deutschlands, herrscht Alarmstimmung. Jahrelang konnten BASF und Co. ihren enormen Gasbedarf mit Billigimporten aus Russland decken – diese Zeiten sind vorbei. Auch Strom ist deutlich teurer als vor Beginn des Kriegs in der Ukraine. Hinzu kommt: Die hohe Inflation drückt auf die Konsumlaune, die steigenden Zinsen verteuern Investitionen.

Fabriken in Deutschland sind deshalb schlecht ausgelastet. BASF etwa hat bereits angekündigt, ein Zehntel seiner Anlagen im Stammwerk Ludwigshafen stillzulegen, darunter eine Ammoniakproduktion, die sehr viel Erdgas braucht. Andere Firmen bereiten Kurzarbeit vor.

»Die übereilte grüne Transformation als Basis eines zweiten Wirtschaftswunders besteht den Realitätscheck nicht«, sagt

Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie. Die Weichen stünden eher »in Richtung industrielles Abstellgleis«. Auch Toralf Haag, Chef des Anlagenbauers Voith, ist in Sorge. »Neue Investitionen werden wir eher in Asien, Osteuropa und vor allem den USA tätigen.«

Vielleicht wäre es verkraftbar, würde es bei der Klimawende nur in den besonders energieintensiven Branchen knirschen. Doch was, wenn die Autoindustrie – die als Vorzeigebbranche der deutschen Wirtschaft gilt – Probleme hat, gleichzeitig grün zu werden und sich im Wettbewerb mit Tesla oder neuen chinesischen Konkurrenten zu behaupten?

Die Ampel hatte sich für die Verkehrspolitik bei Amtsantritt ambitionierte Ziele gesetzt. Deutschland sollte zum Leitmarkt für Elektromobilität mit mindestens 15 Millionen Elektro-Pkw im Jahr 2030 werden. Doch inzwischen glaubt die Bundesregierung selbst nicht mehr daran, die Mobilitätswende wie geplant zu schaffen. Sie rechnet für 2030 nur noch mit 8,2 Millionen zugelassenen Elektroautos.

Derzeit sind gerade einmal 1,2 Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen unterwegs, rund zwei Prozent des Fahrzeugbestands. Wegen der Inflation stellen die Kunden große Anschaffungen zurück. Die Ampelkoalition trägt ihren Teil zu der E-Auto-Flaute bei, im September läuft die Kaufprämie für Flottenbetreiber aus, die Förderung für private Käufer schmilzt ab 1. Januar 2024 ab.

Leitmarkt für die Elektromobilität dürfte China werden. »Der Strompreis ist dort deutlich geringer, ein Elektrofahrzeug rechnet sich schneller für den Kunden«, sagt Stefan Hartung, Chef des weltweit größten Autozulieferers Bosch. Deshalb wechselten die Chinesen schneller zur neuen Technologie als die Europäer. Doch im chinesischen Elektroautogeschäft sind die Marktanteile der deutschen Autobauer verschwindend gering. Und selbst im Heimatmarkt ist es VW und Co. bislang kaum gelungen, für die Masse bezahlbare E-Autos auf den Markt zu bringen.

Auch eine andere deutsche Traditionsbranche, die Stahlindustrie, quält sich durch die Transformation. Knapp 37 Millionen Tonnen Rohstahl wurden voriges Jahr in Deutschland hergestellt, der Großteil davon in kohlebefeuerten Hochöfen, die bald als Relikt gelten sollen. Die Regierung fördert jetzt den

Umstieg auf eine klimaneutrale Produktion mit grünem Wasserstoff: Vorvergangenen Mittwoch übergab Habeck einen Förderbescheid über zwei Milliarden Euro an Deutschlands größten Stahlhersteller Thyssenkrupp.

Das drängendste Problem der Industrie allerdings, die hohen Energiekosten, bleibt ungelöst. Seit Monaten liegt die Koalition darüber im Clinch. Habeck setzt auf einen »Brückenstrompreis« von sechs Cent je Kilowattstunde, von dem energieintensive Unternehmen bis 2030 profitieren sollen. Eine Subvention, die in diesem Zeitraum bis zu 30 Milliarden Euro kosten würde. Verkraftbar, argumentiert Habeck, anderenfalls könnte noch mehr Industrie abwandern. Neben Profiteuren aus der Industrie werben auch Gewerkschafter und die Parteichefinnen von Grünen und SPD für das Konzept.

Noch Anfang der Woche hätten Industrievertreter und die Wirtschaftsminister der Länder bei einem Gespräch mit Habeck die Pläne begrüßt, heißt es aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Habeck hat zudem signalisiert, dass er für eine kürzere Laufzeit der Subvention offen wäre. Finanzminister Christian Lindner (FDP) jedoch lehnt das Konzept ab, für das Habeck den Wirtschaftsstabilisierungsfonds anzapfen will. Und von Scholz gibt es keine Unterstützung – dabei hatte er als Kanzlerkandidat sogar einen Industriestrompreis von vier Cent als Ziel genannt. Heute sagt er, man habe mit dem Ausbau der Erneuerbaren die Voraussetzungen für günstigen Industriestrom geschaffen.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums argumentiert in einer Stellungnahme gegen einen Industriestrompreis, energieintensive Unternehmen profitierten bereits heute von Vergünstigungen. Ein erheblicher Teil der aktuellen Tarife erkläre sich zudem aus den steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen, einer Kernforderung von Habecks Grünen. Klüger als ein subventionierter Industriestrompreis sei eine Ausweitung des Angebots – etwa durch eine »radikale« Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Wind- und Solaranlagen. Nur tut sich Deutschland mit schnellen Verfahren schwer, das ist Teil des Problems.

### **Digitalisierung**

Um alte Industrien in die neue Zeit zu retten, verteilt die Bundesregierung Milliarden Euro – und versagt zugleich bei einem Zukunftsthema. In Sachen Digita-

lisierung präsentiert sich Deutschland seit Jahren als rückständiger Fall.

Es hapert an einer zeitgemäßen Infrastruktur. Schneller 5G-Mobilfunk? Glasfaser im Boden? Im Land der Ingenieure nicht selbstverständlich. Eine moderne digitale Verwaltung? Kann ein Standortvorteil sein, falls es sie gibt – also in Dänemark, Estland oder Schweden. Hierzulande? Fehlanzeige, obwohl der Bund sich bereits vor 22 Jahren verpflichtet hatte, sämtliche seiner Dienstleistungen bis zum Jahr 2005 auch online anzubieten. Auch Mitglieder des Sachverständigenrats fordern jetzt eine »bürger- und unternehmensorientierte Verwaltung«.

Während der Pandemie rumpelte das Land in einen digitalen Alltag. Die Ampel schien mit ihrem Versprechen einer »Fortschrittskoalition« Abhilfe schaffen zu wollen. Doch der Elan ist verpufft, in der Wirtschaft macht sich Ernüchterung breit.

»Bei der Digitalisierung bräuchten wir einen Sprint, wir sind aber noch als Spaziergänger unterwegs«, sagt der Geschäftsführer des Digitalverbands Bitkom, Bernhard Rohleder. Bis zu fünf Prozent ihrer Ausgaben müssten Mittelständler für staatliche Verwaltungsleistungen aufbringen, etwa um Meldepflichten zu genügen, Formulare auszudrucken und auf Behördentermine zu warten.

Vor allem der föderale Flickenteppich brems. Für viele Dienstleistungen sind Länder und Kommunen zuständig. »Diese Kleinstaaterei ist für eine schnelle und effektive Digitalisierung absolut dysfunktional, wir bräuchten eine Staatsstrukturreform«, sagt Rohleder. Hilfsweise fordert sein Verband ein Recht auf digitale Verwaltungsleistungen, einklagbar für Unternehmen und Bürger.

Von den jüngsten Sparvorgaben des Finanzministers ist ausgerechnet die Digitalisierung überproportional betroffen: Das versprochene Digitalbudget kommt nicht, Sonderabschreibungen wurden gestrichen, selbst das Notstandsgebiet Verwaltungsdigitalisierung muss mit weniger Mitteln auskommen. Das zuständige Innenministerium sieht im kommenden Haushalt dafür nur noch 3,3 Millionen Euro vor, nach 377 Millionen in diesem Jahr. »Die geplante Streichorgie ist der Sargnagel für die Digitalisierung der Verwaltungen«, sagt Rohleder. Das werfe Deutschland gegenüber den führenden Digitalstandorten noch weiter zurück.

Eigentlich sollten die 575 wichtigsten Leistungen bis Ende vorigen Jahres online verfügbar sein, so hatte es die Ampelkoalition versprochen. Nun sind die Ambitionen auf 16 »Fokusleistungen« heruntergeschraubt – darunter Unternehmensanmeldung, Handwerksgründung und öffentliche Auftragsvergaben.

Das Ministerium argumentiert, in den Vorjahren habe es für das Vorhaben einen Finanzbooster gegeben, der nun ausgelaufen sei. Es sei aber geplant, die vorgesehenen 3,3 Millionen Euro um nicht verausgabte Mittel aus den Vorjahren zu erhöhen, sodass man auch 2024 die Projekte im eigenen Verantwortungsbereich »gut fortführen« könne.

Die ein oder andere bereits voll digitalisierte Leistung dürfte allerdings an mangelnder Nachfrage scheitern: Ausgerechnet den Antrag zum Bau eines Atomkraftwerks könnten Interessenten in Deutschland online einreichen.

### **Arbeitsmarkt**

Wie sehr der Fachkräftemangel die deutsche Wirtschaft bremst, kann jeder Gast bestätigen, der dienstags oder mittwochs vor verschlossenen Restauranttüren steht: Ruhetag mangels Personal. Oder wer einen Installateur für die neue Heizung sucht. Fast neun Monate dauert es, bis Sanitär- und Heizungsbetriebe einen freien Arbeitsplatz mit einer ausgebildeten Fachkraft besetzen können.

Der Notstand hält sich sogar in der Rezession: Im ersten Quartal 2023 lag die Zahl der offenen Stellen laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf einem Rekordniveau, bei 1,75 Millionen. Im zweiten Quartal sahen in einer Umfrage des Ifo-Instituts 42,2 Prozent aller Betriebe ihr Geschäftstätigkeit als eingeschränkt an.

Auf Investitionen wirkt das wie Gift. Ein Weltkonzern wie Intel kann noch darauf vertrauen, dass Hochqualifizierte in die sachsen-anhaltische Provinz kommen, wenn er dort mit Milliardensubventionen eine Chipfabrik plant. Für Mittelständler gilt das meistens nicht. Und das ist es nur der Anfang. Die Babyboomer beginnen erst, in Rente zu gehen. Jedes Jahr, so rechnet das IAB vor, werden 420.000 bis 520.000 mehr von ihnen vom Arbeitsmarkt verschwinden, als Jüngere nachrücken. Bis 2035 wird sich der Schwund auf sieben Millionen Arbeitskräfte summieren. Der Arbeitskräftemangel schrumpft die Wachstumsaussichten auf lange Sicht.

Nur ein kleiner Teil lässt sich ausgleichen, indem jene Menschen einen Job aufnehmen oder ihre Arbeitszeit aufstocken, die schon in Deutschland leben: Ältere, Frauen und Ausländer. Um die Zahl der Erwerbspersonen konstant zu halten, braucht es knapp 4,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte aus anderen Nationen – eine Nettozuwanderung von 400.000 Menschen im Jahr. Weil gleichzeitig viele Ausländer das Land verlassen, müssten im Jahr mehr als 1,5 Millionen einwandern, davon laut IAB bis zu 350.000 Erwerbsmigranten aus Nicht-EU-Staaten.

Die Ampel hat das Problem zumindest erkannt. Gerade erst hat sie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz reformiert. Es soll die Hürden für Spezialisten aus dem Ausland senken. Eine neue Chancenkarte mit einem Punktesystem ermöglicht Arbeitswilligen künftig die Einreise, selbst wenn sie noch kein Jobangebot haben. Es sei das »modernste Einwanderungsrecht der Welt«, verkündete Innenministerin Nancy Faeser (SPD).

Wirtschaft, Gewerkschaften und ArbeitsmarktökonomInnen sind weniger begeistert. Schon das Ziel ist viel zu niedrig: 123.500 Fachkräfte soll das Gesetz im Jahr nach Deutschland locken.

Und selbst das ist unrealistisch. Bei vielen Auslandsvertretungen dauert es Monate, bis Interessierte einen Termin für einen Visumsantrag bekommen. In Deutschland hat nur die Hälfte der Bundesländer die vorgeschriebenen zentralen Behörden für ein beschleunigtes Verfahren zur Einwanderung von Fachkräften eingerichtet. In der anderen Hälfte bleiben die kommunalen Ausländerbehörden der Länder zuständig, von denen es mehr als 600 gibt. Deren Sachbearbeiter sind von jeher darauf geeicht, Aufenthalte so restriktiv wie möglich zu gewähren.

Den Rest der Abschreckung besorgt eine wild gewordene Bürokratie: 195 Seiten umfassen die Anwendungshinweise zum Gesetz aus dem Innenministerium, 390 Seiten die zugehörigen Verwaltungsvorschriften, 669 Seiten das Visahandbuch des Auswärtigen Amtes und die Fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) 182 Seiten. Statt damit aufzuräumen, verlangt das neue Gesetz noch mehr Prüfungsvorgänge.

### **Steuersystem**

Man hat sich beinahe daran gewöhnt, dass Deutschland bröckelt. Dass das Schienennetz reparaturbedürftig ist, die

digitale Infrastruktur lahmt. Doch auch das Steuersystem ist marode. Nur spricht davon niemand. Die letzte Renovierung liegt fast ein Vierteljahrhundert zurück, die letzte merkbare Entlastung fand 2010 statt.

Deutschland verlangt seinen Unternehmen fast 30 Prozent vom Gewinn ab, so viel wie kaum eine andere Industrienation. Als besonders verkorkst gilt die deutsche Einkommensteuer, die für rund 60 Prozent der deutschen Unternehmen entscheidend ist.

Auch für Arbeitnehmer hat sich der Steuertarif in den vergangenen Jahren zu einem leistungsfeindlichen Ärgernis entwickelt. Der Spitzensteuersatz setzt bei Ledigen schon ab einem zu versteuernden Einkommen von etwa 63.000 Euro ein. Vor dem Fiskus gelten damit schon Facharbeiter in der Autoindustrie als Spitzenverdiener.

Der Tarifverlauf beschreibt eine unschöne Kurve, den sogenannten Mittelstandsbauch. Was sich gemütlich anhört, ist ökonomisch kontraproduktiv, weil die steuerliche Belastung jedes zusätzlich verdienten Euros steil ansteigt. Unter Steuerexperten gilt der Tarif schon lange als überholungsbedürftig. Ihn zu begradigen ist jedoch nicht einfach. Würde man den Mittelstandsbauch abflachen, um Betriebe und Beschäftigte zu entlasten, kostete das den Fiskus um die 30 Milliarden Euro. Das Problem: Wegen der Schuldenbremse sind milliardenschwere Steuerentlastungen auf Pump, anders als früher, nahezu unmöglich. Dennoch wäre die Bundesregierung nicht zu Stillstand verdammt. Will sie die steuerlichen Bedingungen am Standort Deutschland verbessern, kann sie Wege finden, niedrigere Tarife zu finanzieren. Sie müsste es nur wollen.

Möglich wäre zum Beispiel eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Nach Schätzungen werden jährlich Werte von Hunderten Milliarden Euro vererbt, vom Oldtimer über die Gemäldesammlung bis hin zur Villa. Dennoch beträgt das Aufkommen nur rund acht Milliarden Euro. Mit einem niedrigen Steuersatz auf alles, was vererbt wird, ließe sich ein Mehrfaches des Aufkommens erzielen – und damit die direkte Steuerlast für Arbeitnehmer und Unternehmen lindern.

Gemessen an den Erfordernissen und Möglichkeiten nehmen sich die Steuerpläne, die Bundesfinanzminister Lindner Anfang Juli präsentierte, bescheiden aus.

Um sechs Milliarden Euro will er die Wirtschaft vom kommenden Jahr an entlasten. Weil sich Koalitionspartner sperren, traut er sich nicht an die Tarife heran. Stattdessen will Lindner die Steuerlast mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen senken. Einen Wachstumsschub wird Deutschlands Wirtschaft trotz des pompösen Titels des Vorhabens («Wachstumschancengesetz») kaum erleben.

### **Von der Zukunft abgewandt**

Die deutsche Wirtschaftspolitik scheint

gefangen von den Kräften der Vergangenheit.

Sie findet keinen Anschluss an das digitale Zeitalter. Sie will die Folgen des klimafreundlichen Umbaus von Fabriken und Energieanlagen mit Subventionen lindern, die Unternehmen und Beschäftigte mit überhöhten Steuern selbst finanzieren.

Und sie tut sich schwer mit der Einsicht, dass die Bundesrepublik weltweit um potenzielle Arbeitskräfte werben müsste. Viele von ihnen machen einen

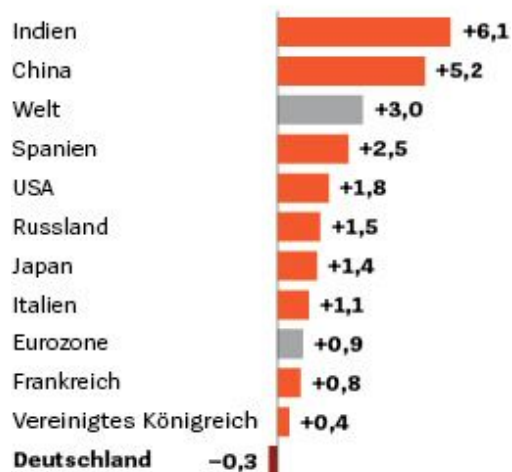
Bogen um Deutschland, auch weil die Anziehungskraft einer absteigenden Industrienation schwindet.

Wie das die Grundlage für ein neues Wirtschaftswunder werden soll, bleibt vorerst das Geheimnis von Olaf Scholz.

*»Bei der Digitalisierung brauchen wir einen Sprint. Wir sind Spaziergänger.«  
Bernhard Rohleder, Bitkom-Geschäftsführer*

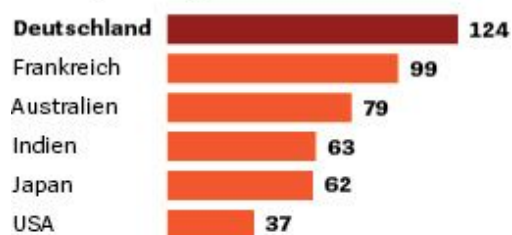
## Abgehängt

Prognostizierte **Veränderung des Bruttoinlandsprodukts\*** 2023 zum Vorjahr, in Prozent

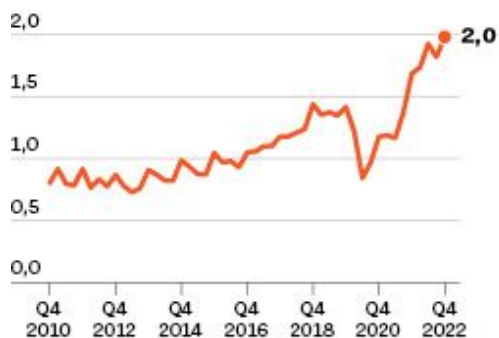


\* preisbereinigt

Durchschnittliche **Großhandelspreise für Strom** im 2. Quartal 2023 in ausgewählten Staaten, in Dollar je MWh

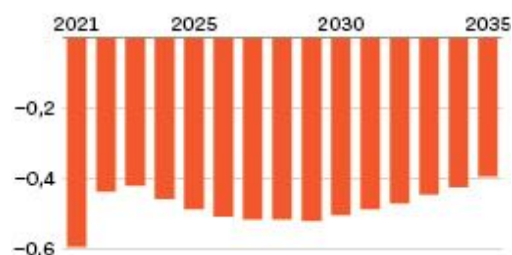


**Offene Stellen\*** in Deutschland, in Millionen



\* Stand: 11. Mai 2023; ab Q4 2020 Hochrechnung

**Erwerbspersonen-Potenzial\*** in Deutschland, prognostizierte Veränderung zum Vorjahr, in Millionen



\* Berechnung ohne Wanderung, bei konstanter Erwerbsquote

5 • Quellen: IWF, IEA, IAB

**Abbildung:** ARBEITSMARKT Stellenanzeigen in der Innenstadt von Essen  
**Abbildung:** Minister Habeck am Flughafen von Goa, Indien: Die Angst vor einer Deindustrialisierung geht um  
**Abbildung:** DIGITALISIERUNG Schüler mit Tablets an der Waldschule Hatten, Niedersachsen  
**Abbildung:** INDUSTRIE Facharbeiterin im VW-Werk Mosel  
**Abbildung:** STEUERN Luxusvillen am Feenteich in Hamburg  
**Wörter:** 2617